

Die integrative Wirkung von Vereinen und Verbänden nutzen

38

Im Rahmen des Schwerpunktprogramms zur Förderung der Integration 2004–2007 unterstützt der Bund Vorhaben, die eine Öffnung bestehender Einrichtungen für alle Bevölkerungsgruppen zum Ziel haben. Walter Schmid, Vizepräsident der Eidgenössischen Ausländerkommission, zeigt auf, wie sich Schweizerinnen und Schweizer dank Vereinen schnell an einem neuen Ort zurechtfinden können, und erläutert, wie die integrative Wirkung von Vereinen, Verbänden und gemeinnützigen Organisationen auch für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern nutzbar gemacht werden kann.

Am Anfang stand eine ganz einfache Überlegung: Sind Sie schon einmal in eine neue Gemeinde gezogen? Hat Ihnen schon einmal jemand gesagt, wie Sie sich am neuen Ort am schnellsten integrieren? Lange wird es nicht gedauert haben und dann hat man Ihnen von den Dorfvereinigungen erzählt, von den Sportclubs, von den kulturellen Anlässen, den Kirchgemeinden oder den Quartiervereinen; kurz: Man wird Ihnen geraten haben, sich doch einmal am neuen Wohnort umzusehen und mitzumachen, wo es Ihnen Spass macht. So würden Sie sich am schnellsten in der neuen Umgebung einleben und sich bald wohl fühlen. In der Tat gilt als ein anerkannter Indikator für die soziale Integration die Vereinszugehörigkeit. Die meisten Schweizer und Schweizerinnen sind Mitglieder in einem halben Dutzend oder mehr Vereinen. Es gibt davon ja auch über Hunderttausend in unserem Land! Machen Sie die Probe aufs Exempel und überlegen Sie sich, wo sie überall, wenn auch nur passiv, Mitglied sind. Sie werden staunen. Auch die Vitalität eines Gemeinwesens wird nicht selten an der Zahl seiner Vereine gemessen. Es gibt kaum eine Selbstdarstellung einer Gemeinde in Prospekten oder auf Internetseiten, die nicht das aktive Vereinsleben preist.

Walter Schmid, Rektor der Hochschule für Soziale Arbeit Luzern, ist seit 2000 Vizepräsident der Eidgenössischen Ausländerkommission. Er leitet den Projektausschuss.

Den Einstieg über die Feuerwehr geschafft

Sollte das nicht für Ausländerinnen und Ausländer ein Ansporn sein, sich Vereinen anzuschliessen und so ihre Integration zu befördern? Ich erinnere mich an einen ausländischen Freund, der neu in die Waadtländer Gemeinde Prangin zog. Der vielleicht entscheidende Moment für seine erfolgreiche Integration mit Frau und Kindern im Dorf war seine Weigerung, die Feuerwehrsteuer zu bezahlen. Er bestand darauf, in der örtlichen Feuerwehr Dienst zu leisten. Man stutzte erst etwas, aber dann nahm man seinen Wunsch ernst: Mein Freund erhielt – so unspornlich er war – eine Uniform und hielt fortan bei den regelmässigen Übungen mit. Ebenso beim anschliessenden Umtrunk in der Dorfwirtschaft. So fand er den Anschluss und wurde ein respektierter und bestens integrierter Einwohner des welschen Dorfes. So sehr integriert, dass er und seine Familie noch heute, Jahre nach der Rückkehr ins Heimatland, einen Bernhardiner Hund halten.

Und dann die Beobachtung: Viele unserer schweizerischen Vereinigungen haben wenige Ausländerinnen und Ausländer als Mitglieder. Warum war mein Freund als Ausländer die grosse Ausnahme in der örtlichen Feuerwehr? Können nur Schweizer einen Löschschlauch richten? Warum sind, um ein anderes Beispiel zu nennen, Schützenvereine fast ausschliesslich schweizerische Organisationen, obwohl der Schiesssport durchaus auch Ausländer interessiert? Die Wehrpflicht, ich weiss! Weshalb aber sind in den Frauenorganisationen, die sich nota bene sehr für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer engagieren, nur wenige Ausländerinnen auszumachen? Weshalb sind auf den Fussballplätzen so viele Ausländerkinder anzutreffen, jedoch nur wenige ausländische Personen in den Vorständen der Sportvereine? Und wie steht es mit den Kirchen, den humanitären Organisationen, den Kulturtreffs und Gemeinschaftszentren?

Vielleicht, so die Überlegung, könnte erfolgreiche Integration hier ansetzen. Bei den zivilgesellschaftlichen Institutionen, bei den Vereinen und Verbänden, die von ihrer Zielsetzung her oft keinen Unterschied zwischen inländischen und ausländischen Interessen kennen und doch sehr unausgewogen zusammengesetzt sind. Vielleicht könnte die Öffnung zivilgesellschaftlicher Institutionen einem doppelten Interesse dienen: Der besseren Verankerung gewisser Vereine und Verbände in einer sich wandelnden Bevölkerung und gleichzeitig Schweizern und Ausländern den freiwilligen, an einem gemeinsamen Zweck festgemachten Zugang zu einander erleichtern. So kam es zur Aufnahme des neuen Schwerpunktes B in die Prioritätenordnung 2004–2007 des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zur Integrationsförderung.

Institutionen öffnen: von oben und von unten!

Unter dem Titel «Institutionen öffnen» unterstützt der Bund heute Projekte, welche den Zugang ausländischer Personen zu schweizerisch geprägten Organisationen fördern. Entsprechend unserem Integrationsverständnis eines zweiseitigen Prozesses unterstützen wir auch Vorhaben, die den Zugang von Schweizern und Schweizerinnen zu ausländisch geprägten Vereinigungen erleichtern. Wie immer geht es dabei nicht um eine Vorgabe der EKA an Partnerorganisationen, was sie zu tun oder zu lassen haben, vielmehr will die EKA Initiativen unterstützen. Es braucht in jedem Fall den Willen der Institution selbst, sich gegenüber andern Bevölkerungsgruppen zu öffnen. Zwei grundsätzliche Wege sind denkbar, solche Öffnungsprozesse zu gestalten, und beide werden im Schwerpunktprogramm aufgezeigt: Der «bottom up»-Prozess, der an der Basis ansetzt, und der «top down»- Prozess, der von den Führungsgremien der Institutionen selber ausgelöst und gesteuert wird.

Das Schwerpunktprogramm nennt als erstes Fortbildungs- und Unterstützungsangebote, die von der EKA gefördert werden können. Sie sollen Personen, die in den unterschiedlichsten Institutionen mit Ausländerinnen und Ausländern zu tun haben, befähigen, kompetenter und besser mit Integrationsfragen und -problemen umzugehen. Ob dies Hauswarte einer Genossenschaftssiedlung sind oder ehrenamtliche Sporttrainer, ob dies Dirigenten einer Blasmusik oder Führerinnen einer Pfadfinderabteilung sind, sie alle sind ehrenamtlich an Orten tätig, wo die Zusammenarbeit zwischen ausländischen und einheimischen Personen von grosser Bedeutung sein kann. Der bewusste Umgang kann viel zu einem guten Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen beitragen. Erste Erfahrungen haben gezeigt, dass an solchen Projekten ein grosses Interesse besteht. Es sind oft die praktischen Bedürfnisse, die den Ausgangspunkt bilden und später zu konkreten Angeboten führen.

Etwas weniger erfolgreich war bisher der zweite Ansatz, der von einem bewussten Führungsentscheid der Verbandsgremien ausgeht. Einem Entscheid etwa, mittels einer Kampagne gezielt Ausländerinnen und Ausländer als potentielle Mitglieder eines Vereins zu rekrutieren. Das hat uns etwas erstaunt: Nicht wenige Institutionen haben nämlich akute Nachwuchsprobleme. Man

Vielfalt der Organisationen

hätte sich denken können, dass die eine oder andere Institution versuchen könnte, auf diesem Weg ihre Mitgliederbasis zu verbreitern. Vielleicht geht es diesen Institutionen bei der Integration aber wie der Gesellschaft selber: Es stellen sich schwierige Fragen des Selbstverständnisses. Was geschieht mit der Identität einer Vereinigung, wenn sie sich gezielt für ausländische Personen öffnet. Wie sähe ein Schweizerischer Alpenclub aus, in dem 20 Prozent Ausländer mitmachen? Wie sähe die Identität des Schützenvereins Dietikon aus, wenn entsprechend dem Bevölkerungsanteil knapp die Hälfte der Mitglieder Ausländer wären? Wie schweizerisch wäre ein Schweizerisches Rotes Kreuz mit einem Fünftel der Vorstandsmitglieder ausländischer Herkunft?

In Vereinigungen mit einem hohen Ausländeranteil wie den Sportvereinen stellt sich die Frage der ausländischen Vertretung in den Verbandsgremien. In Vereinen der Deutschschweiz wird oft nur schon die Sprache zum Knackpunkt: Soll man im Vorstand plötzlich Hochdeutsch sprechen? Wir brauchen nicht erst an Ausländer zu denken, schon die Westschweizer kennen das Problem nur zu gut: «Hat es Welsche hier oder können wir normal sprechen?», heisst nicht selten die nicht eben freundeidgenössische Standardfrage zu Beginn einer Vorstandssitzung. Dies lässt erahnen, was für Veränderungen in einzelnen Verbandskulturen nötig wären, um Ausländer vermehrt in die Führung mit einzubeziehen. Ähnliches gilt für den strukturierten Einbezug der ausländischen Bevölkerung in Planungsprozesse etwa im Quartier oder bei der Realisierung von Projekten. Hier werden Ausländerinnen und Ausländer oft ganz am Schluss der Vorbereitungen eines Anlasses oder einer Aktion mit einbezogen, meistens wenn es noch darum geht, das Kulinarische oder das Kulturprogramm zu präzisieren.

Trotz dieser Schwierigkeiten erscheint es uns wichtig, diesen Schwerpunkt des Integrationsförderungsprogramms in den nächsten Jahren mit Sorgfalt weiterzuverfolgen. Nirgends so wie hier lässt sich nämlich erkennen, dass es bei der Integration um eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft geht. Sie lässt sich weder an den Staat, noch an einzelne Verantwortungsträger delegieren. Auch lässt sich zeigen, dass Zugezogene und Einheimische gleichermaßen in der Pflicht stehen, ihren Beitrag zur Integration zu leisten. Nicht nur die schweizerischen Vereine, sondern auch die Ausländerorganisationen, die nicht selten mit einem überholten, stereotypen Bild der Migration Integrationsprozesse erschweren, sind gefordert. Die Öffnung zivilgesellschaftlicher Institutionen ermöglicht zudem aussergewöhnliche Erfahrungen, kreative Ideen, das Verlassen ausgetretener Pfade in der Integration. Deshalb erachte ich diesen Schwerpunkt als den innovativsten, auch wenn seine Umsetzung Geduld braucht. Integrationsarbeit braucht einen langen Atem.

Eine Erkenntnis allerdings haben wir bereits gewonnen: Die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Schweiz sind ausserordentlich vielfältig, und es gibt keine Rezepte, die für alle gelten. In diesem Zusammenhang ist eine Untersuchung des Schweizerischen Roten Kreuzes von besonderem Interesse, die sich mit der Öffnung von Institutionen der Zivilgesellschaft befasst: Sie unterscheidet vier Typen von Organisationen, für die sich die Öffnungsthematik unterschiedlich stellt.



Approfittare dell'effetto integrativo della vita associativa

■ Eine erste Gruppe bilden die *wirtschaftlichen Organisationen*, welche die Förderung und Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zum Ziel haben. Bekanntlich kennen die Gewerkschaften eine hohe Beteiligung der Ausländerinnen und Ausländer. Wie in keiner anderen nationalen Organisationen finden diese hier ihren Platz und ihre Ausdrucksmöglichkeiten. Zum Teil sind über die Hälfte aller Mitglieder Ausländerinnen und Ausländer mit entsprechend guter Vertretung in den Gremien und bei den Mitarbeitenden. Geschlossener sind die Berufsverbände, wo oft ständische Interessen und Konkurrenzschutz die Beteiligung von Ausländerinnen und Ausländern erschweren. Von besonderem Interesse wird die Entwicklung der Wirtschafts- und Branchenverbände sein. Wird es gelingen, den namentlich im Bereich der KMU immer aktiveren Ausländerinnen und Ausländern eine angemessene Interessenvertretung zu ermöglichen? Wenn nicht, ist es nicht unwahrscheinlich, dass diese ihre Interessen in parallelen Organisationen wahrnehmen werden, zum Beispiel die Vereinigung der asiatischen Shopkeeper oder der türkischen Metzgereien oder der japanischen Restaurateure. Eine solche Entwicklung, die in andern Ländern feststellbar ist, wäre unter Integrationsaspekten zu bedauern, weil die gewünschte Integration in die Regelstrukturen der Aufnahmegesellschaft vereitelt würde.

Nel contesto del programma dei punti fondamentali per il promovimento dell'integrazione per il periodo 2004-2007, la Confederazione appoggia progetti volti ad aprire le istituzioni esistenti a tutti i gruppi della popolazione. Walter Schmid, vicepresidente della Commissione federale degli stranieri, illustra come la vita associativa concorra a che i cittadini svizzeri si ambientino rapidamente nel nuovo domicilio, rilevando come tale effetto vada sfruttato anche nel contesto dell'integrazione degli stranieri. In tale contesto, l'iniziativa d'apertura può venire dal basso come dall'altro, ovvero dai membri o dai responsabili delle associazioni.



■ Als *soziokulturelle Organisationen* nennt die Studie Vereine in Kultur, Freizeit und Sport sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften. Viele Ausländervereinigungen sind dieser Kategorie zuzuordnen. Hier bietet sich ein weites Feld institutioneller Öffnung. Allerdings finden sich in dieser Gruppe Organisationen strukturell sehr unterschiedlicher Natur: vom Kleinstverein, bestehend aus wenigen aktiven Mitgliedern, bis hin zur öffentlich-rechtlich anerkannten Kirche, bei der die Mitwirkungsrechte, etwa das Stimmrecht, hoheitlich geregelt sind. Die soziokulturellen Organisationen zeichnen sich jedoch durch eine attraktive Breite ihrer Zwecke und durch ein hohes ehrenamtliches Engagement der Mitglieder und Verbandsgruppen aus. Hier sehen wir ein besonders hohes Integrationspotential, das durch eine gegenseitige Öffnung der Institutionen erschlossen werden kann.

■ Eine dritte Gruppe sind die *politischen Organisationen*, in erster Linie die Parteien. Diese wenden sich entsprechend ihrer Zweckbestimmung in erster Linie an Wählerinnen und Wähler. Die Ausländerinnen und Ausländer sind damit nicht primär Zielgruppe und als Mitglieder nicht von besonderem Interesse. Zu dieser Kategorie sind allerdings auch Organisationen zu zählen, die einen weiter gefassten politischen Zweck verfolgen, etwa im Bereich des Natur- und Umweltschutzes oder der Pflege der politischen Meinungsbildung. Hier könnte eine institutionelle Öffnung spannend sein. Stellen Sie sich die altehrwürdige Neue Helvetische Gesellschaft mit einem

Ausländeranteil von 20 Prozent vor. Oder ein entsprechend zusammengesetztes Patronatskomitee von Pro Patria! Wäre das nicht eher eine Pro Patriae? Doch dazu wird es nicht so schnell kommen. Eine der hauptsächlichen Hürden bei der Öffnung zivilgesellschaftlicher Institutionen ist nämlich das mangelnde Interesse der Ausländerinnen und Ausländer, in Organisationen mitzuwirken, die als schweizerisch gelten. So hat schon manch gute Initiative mit Enttäuschungen geendet. Dies gilt auch für Initiativen, die von Ausländervereinen ausgegangen sind.

■ Als vierte Gruppe erwähnt die Studie *soziale Organisationen*. Es handelt sich dabei um Hilfsorganisationen und Dienstleistungsbetriebe im Sozial- und Gesundheitsbereich. Als Non-Profit-Organisationen haben sie einen gemeinnützigen Zweck, sind jedoch oft nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführte Unternehmen. Dazu gehören die Hilfswerke, die umfangreiche Mandate im Auftrag der öffentlichen Hand übernehmen, und gemeinnützige Organisationen, die auf lokaler oder regionaler Ebene gezielt Dienstleistungen, zum Beispiel Beschäftigungsplätze, Therapieangebote oder Besuchsdienste bereitstellen. Diese Organisationen verfügen in der Regel über ein hohes Bewusstsein, was die Integrationsthematik betrifft. Sie unternehmen grosse Anstrengungen, ihre Angebote auch der ausländischen Wohnbevölkerung zugänglich zu machen. Oftmals sind sie die Motoren eigentlicher Öffnungsprozesse. Weniger leicht fällt es ihnen jedoch, die Diversität in der eigenen Organisation zu leben. Der Anteil der Ausländerinnen und Aus-



länder unter den Mitarbeitenden und in den Führungsgremien ist oft sehr klein. Dass dies viele Ursachen hat, wissen alle, die sich in der Praxis schon mit dem verbesserten Einbezug von Minderheiten in Organisationen befasst haben.

Bei der Entwicklung des Programmschwerpunktes «Institutionen öffnen» wird die EKA die Integrationsförderung weiterhin vor allem auf die Organisationen der Zivilgesellschaft ausrichten. Dabei wird sie den verschiedenen Typen von Organisationen vermehrt Beachtung schenken müssen. Dies geschieht am besten im direkten Dialog mit diesen Organisationen selber. Die thematischen Akzente, welche die EKA in ihrer politischen Arbeit der letzten Jahren gesetzt hat, weisen den Weg: So sind zum Beispiel aus der Beschäftigung mit der «Arbeitswelt» oder «Habitat» Beziehungen zu Verbänden aufgebaut worden, die weiter gepflegt werden. Aus diesen ergaben sich auch konkrete, wegweisende Projekte. Gleichzeitig wuchs bei diesen Organisationen der Zivilgesellschaft das Bewusstsein, dass sie selber je an ihrem Ort ein Stück Integrationsverantwortung tragen und konkret wahrnehmen können. So bleibt Integrationsförderung nicht bei Appellen stecken, sondern führt zu konkreten Handlungs- und Lernschritten. Darum geht es dem Bund und der EKA mit dem Programm zur Förderung der Integration.

